

Münchener Anwalts Handbuch

Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. Klaus Volk

emeritierter Hochschullehrer, Rechtsanwalt in München

und

Dr. Stephan Beukelmann

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht in München

Bearbeitet von:

Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Carolin Arnemann*, Rechtsanwältin in München; *Dr. Emanuel H. F. Ballo*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Stephan Beukelmann*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Dieter Bohnert*, Rechtsanwalt in Zürich und Düsseldorf; *Dr. Marcus Böttger*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; Prof. *Dr. Guido Britz*, Rechtsanwalt in St. Ingbert; *Dr. Kurt Bröckers*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Johannes Corsten*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Matthias Dann*, LL. M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Tobias Eggers*, Rechtsanwalt in Dortmund; Prof. *Dr. Michael Gindler*, Hochschullehrer in Brühl; *Dr. Walther Graf*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Simon Hümmrich-Welt*, LL. M., Rechtsanwalt in München; *Dr. Simone Kämpfer*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Eberhard Kempf*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; Prof. *Dr. Christoph Knauer*, Rechtsanwalt in München; *Thomas C. Knierim*, Rechtsanwalt in Mainz; *Dr. Klaus Köpp*, M. C. L., Rechtsanwalt in Bonn; *Dr. Daniel M. Krause*, LL. M., Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Klaus Leipold*, Rechtsanwalt in München; Prof. *Dr. Werner Leitner*, Rechtsanwalt in München; Prof. *Dr. Heiko Lesch*, Rechtsanwalt in Bonn; Prof. *Dr. Jörg-Andreas Lohr*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Düsseldorf; *Dr. Ingo Minoggio*, Rechtsanwalt in Münster; *Maximilian Müller*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Anna Oehmichen*, Rechtsanwältin in Mainz; *Jörg Oesterle*, LL. B., Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; Prof. *Dr. Tido Park*, Rechtsanwalt in Dortmund; *Dirk Petri*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Tilman Reichling*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Markus Rübenstahl*, Mag. iur., Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Jonathan Rüschendorf*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Hellen Schilling*, Rechtsanwältin in Frankfurt a. M.; *Sören Schomburg*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Christian Schoop*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Roland Stein*, LL. Eur., Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Sabine Stetter*, Rechtsanwältin in München; *Dr. André-M. Szesny*, LL. M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; Prof. *Dr. Michael Tsambikakis*, Rechtsanwalt in Köln; *Renate Verjans*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; Prof. *Dr. Dr. h. c. Klaus Volk*, Rechtsanwalt in München; *Nico Werning*, LL. M., Rechtsanwalt in München; Prof. *Dr. Jürgen Wessing*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Peter Witting*, Rechtsanwalt in München

3., überarbeitete und erweiterte Auflage 2020



Zitiervorschlag: MAH WirtschaftsStrafR/Bearbeiter § ... Rn. ...


DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72936 2

© 2020 Verlag C. H. BECK oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Nichts ist so beständig wie die Veränderung: Weil auch die 2. Auflage 2014 von den Lesern gut aufgenommen wurde und sich in der Gesetzgebung, der Rechtsprechung und Literatur einiges getan hat, wurde es Zeit für die 3. Auflage. So haben die internen Ermittlungen und die Unternehmensverteidigung sowie die Vermögensabschöpfung und Zurückgewinnungshilfe noch einmal an Bedeutung zugelegt. Neu hinzugekommen ist das Kapitel über die zunehmend praxisrelevanter werdende Beteiligung Dritter am Wirtschaftsstrafverfahren. Das Kapitel zum internationalen Wirtschafts- und Steuerstrafrecht wurde neu konzipiert. Nicht eingehend berücksichtigt haben wir das seit Langem diskutierte und sich derzeit konkretisierende Unternehmenssanktionsrecht; weder Zeitpunkt noch Inhalt einer etwaigen gesetzlichen Neureglung waren bis zum Abschluss der Korrekturphase absehbar. Eine entsprechende Aktualisierung bleibt somit der 4. Auflage vorbehalten.

Bei einigen Kapiteln gab es einen Autorenwechsel oder sind Co-Autoren hinzugekommen. Unser großer Dank gilt dabei zunächst den ausscheidenden Autorinnen und Autoren *Berndt, Dörr, Feigen, Greeve, Nelles, Prieß, Rönnau, Salditt und Schiller* für ihre geleistete Arbeit. Neu im Team sind die Kolleginnen und Kollegen *Arneemann, Ballo, Bröckers, Corsten, Eggers, Gindler, Hümmrich-Welt, Müller, Oesterle, Petri, Reichling, Rüschen-dorf, Schilling, Schomburg, Schoop, Stein, Stetter* und *Werning*. Als Mitherausgeber ist *Beukelmann* hinzugekommen.

Allen Autoren danken wir angesichts des Umfangs dieses Werkes für die weitestgehend reibungsfreie Abgabe ihrer Beiträge. Das führt uns zu unserem letzten großen Dank, nämlich den an Herrn *Dr. Burkhard Schröder*, der als Lektor unermüdlich an der Realisierung dieser 3. Auflage gearbeitet hat.

München, im März 2020

Klaus Volk
Stephan Beukelmann

Vorwort zur 1. Auflage

Der Titel des Werkes sagt schon fast alles darüber aus, was es enthalten soll, welche Bücher es nicht ersetzen kann und für wen es gemacht ist:

Es ist ein *Handbuch*, also weder Lehrbuch noch Kommentar. Dieses Handbuch wendet sich nicht (nur) an die Spezialisten, sondern vor allem auch an den Strafverteidiger, der sich auf einem Feld orientieren will, das er bisher nicht betreten hat. Die Kerngebiete darf man als bekannt voraussetzen, die Randgebiete nicht. So haben die Elemente Überblick, Vertiefung und Ratschlag von Kapitel zu Kapitel unterschiedliche Anteile, abhängig von der Materie und auch von der persönlichen Arbeitsweise des Verfassers.

Es ist ein Handbuch der *Verteidigung* und deshalb an deren legitimen Interessen ausgerichtet. „Rezepte“, wie man einen Fall „aufkocht“ oder seine Krankheiten kuriert, enthält es nicht. Aber es zeigt, weil Verteidigung immer Kampf ist (wie *Hans Dachs sen.* unwiderlegbar konstatiert hat), wie und wo man ansetzen kann, um sich gegen Vorwürfe und Eingriffe zu wehren, welche defensiven und präventiven Strategien sich empfehlen.

Es ist ein Handbuch der Verteidigung in *Wirtschafts- und Steuerstrafsachen*. Was sich über dem Generalnennen „Verteidigung“ vereinen lässt, findet sich im „Münchener Anwalts-handbuch Strafverteidigung“, herausgegeben von *Gunter Widmaier*. Es wäre, zum Beispiel, nicht sinnvoll gewesen, das Kapitel über die Verteidigung in der Hauptverhandlung in diesem Handbuch zu duplizieren mit einem Abschnitt über die Verteidigung in der Hauptver-

Vorwort

handlung in Wirtschaftsstrafsachen, oder hier noch einmal darzustellen, welche Regeln über die Absprache gelten, wenn es um eine Wirtschaftsstrafsache geht. Wir haben versucht, Anschluss zu suchen und Wiederholungen zu vermeiden. Was dieses Handbuch der Verteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen betrifft, habe ich mich bemüht, die wichtigen Sachgebiete abzudecken. Damit war ich, schon nach eigenen Maßstäben, nicht immer erfolgreich. Mancher wird die Internetkriminalität vermissen, das Markenstrafrecht oder anderes. Davon ganz abgesehen, dass die Grenzen des Wirtschaftsstrafrechts nicht genau gezogen sind, gibt es eben (ab einem gewissem Umfang an Druckseiten) den Unterschied von Handbuch und Enzyklopädie.

Manche Beiträge überschneiden sich ein wenig oder enthalten Ausführungen zu Punkten, die auch in anderen Kapiteln angesprochen werden. Das wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn der Herausgeber in den Stil des Verfasser und den Duktus ihrer Abhandlungen rigoros eingegriffen hätte. Eine Anmaßung dieser Art verbietet sich von selbst.

Zu danken habe ich vielen. Danken möchte ich vor allem den Autoren. Die meisten von ihnen sind Strafverteidiger. Sie waren von allen Seiten unter Druck. Dem mahnenden Verlag (und dem Herausgeber) kann man nur begrenzt entgegenhalten, dass man Mandate habe, und bei drängenden Mandanten kann man sich nicht damit entschuldigen, dass man ein Buch schreiben müsse. Anderen wird es aus vergleichbaren Gründen kaum anders gegangen sein. Danken möchte ich auch den Verantwortlichen des Verlages, den Herren Dr. Schäfer und Dr. Schröder, die in dieser Situation die „praktische Konkordanz“ zwischen Verständnis und Verlagsinteresse gefunden, das Buch intensiv gefördert und betreut sowie viel mühevollen Arbeit im Detail geleistet haben.

München, im Juli 2006

Klaus Volk

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	XXXI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXV

Teil A. Grundlagen des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

§ 1	Begriff und Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts (<i>Volk/Beukelmann</i>)	1
§ 2	Der Allgemeine Teil des Wirtschaftsstrafrechts (<i>Volk</i>)	23
§ 3	Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen (<i>Knauer/Kämpfer</i>)	40
§ 4	Compliance (<i>Wessing/Dann</i>)	90
§ 5	Rechtsfolgen gegen das Unternehmen (<i>Britz</i>)	174
§ 6	Verjährung (<i>Graf/Reichling</i>)	194
§ 7	Verteidigungspraxis (<i>Knierim</i>)	227

Teil B. Besondere Bereiche der Beratung und Verteidigung

§ 8	Strategie und Taktik (<i>Minoggio</i>)	283
§ 9	Verständigung im Strafverfahren (<i>Leitner</i>)	312
§ 10	Der Unternehmensanwalt (<i>Kempf/Schilling/Oesterle</i>)	332
§ 11	Compliance-Untersuchungen („internal investigations“) (<i>Park/Eggers</i>)	408
§ 12	Die Beratung des Unternehmens in der Krise (<i>Wessing</i>)	465
§ 13	Vermögensabschöpfung und Opferentschädigung (<i>Corsten/Schilling</i>)	525
§ 14	Nebenbeteiligung von juristischen Personen und Personenverbänden (<i>Bröckers</i>)	559
§ 15	Internationales Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (<i>Schomburg/Stetter</i>)	575
§ 16	Grenzüberschreitende Strafverteidigung (<i>Ahlbrecht/Rüschendorf</i>)	600

Teil C. Die Verteidigung in spezifischen Deliktsfeldern

§ 17	Betrug (<i>Lesch</i>)	685
§ 18	Untreue (<i>Beukelmann</i>)	737
§ 19	Insolvenzdelikte (<i>Leitpold/Böttger</i>)	778
§ 20	Korruption (<i>Schoop/Ballo</i>)	886
§ 21	Geldwäsche (<i>Berndt/Müller/Hümmerich-Welt</i>)	999
§ 22	Banken und Kreditwesen (<i>Knierim</i>)	1058
§ 23	Kapitalmarktrecht (WpHG und BörsG) (<i>Rübenstahl/Tsambikakis</i>)	1137
§ 24	Wettbewerbsrecht (<i>Witting/Werning</i>)	1229
§ 25	Kartellrecht (<i>Witting/Arneemann</i>)	1302
§ 26	Publizität und Rechnungswesen (<i>Knierim</i>)	1392
§ 27	Außenwirtschaft (<i>Oehmichen</i>)	1441
§ 28	Arbeitsstrafrecht (<i>Petri</i>)	1517
§ 29	Umweltstrafrecht (<i>Leitpold</i>)	1578
§ 30	IT- und Internetkriminalität (<i>Beukelmann</i>)	1610
§ 31	Medizin- und Pharmastrafrecht (<i>Tsambikakis</i>)	1632

Inhaltsübersicht

Teil D. Steuern, Abgaben und Subventionen

§ 32	Steuerstrafrecht und Steuerordnungswidrigkeiten (<i>Lohr</i>)	1685
§ 33	Das Verfahren in Steuerstrafsachen (<i>Bohnert/Szesny</i>)	1901
§ 34	Zollstrafrecht (<i>Krause/Stein</i>)	2006
§ 35	Subventionsbetrug (<i>Verjans</i>)	2061
§ 36	Gemeinsamer Markt (<i>Köpp/Gindler</i>)	2115
Sachverzeichnis		2163

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Grundlagen des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

	Seite
§ 1 Begriff und Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	
I. Einleitung	3
II. Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	4
1. Definition	5
2. Systematik	8
3. Streitige Gegenstände	10
III. Kriminologie	10
1. Zum Stand der wirtschaftskriminologischen Forschung	10
2. Täter, Tat, Opfer	11
3. Soziale Kontrolle	13
IV. Die geschichtliche Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	13
1. Historische Ursprünge	13
2. Wirtschaftsstrafrecht als Wirtschaftsverwaltungsstrafrecht	14
3. Das moderne Wirtschaftsstrafrecht	15
V. Wirtschaftsstrafrechtlich relevante Gesetzgebung im Einzelnen (bis 2005)	16
VI. Tatbestandstechniken der Wirtschaftsstrafgesetzgebung	16
1. Sonderdelikte	16
2. Abstrakte Gefährungsdelikte	17
3. Leichtfertigkeit	18
4. Normative Tatbestandsmerkmale, Generalklauseln, Blanketttatbestände	19
5. Schein- und Umgehungshandlungen	19
VII. Kriminalpolitische Probleme des Wirtschaftsstrafrechts	20
1. Der fragmentarische Charakter des Strafrechts	20
2. Das Subsidiaritätsprinzip	20
3. Generalprävention und soziales Rechtsbewusstsein	21
§ 2 Der Allgemeine Teil des Wirtschaftsstrafrechts	
I. Die Besonderheiten des Allgemeinen Teils	25
II. Unterlassungsdelikte	26
1. Die Unterscheidung von Tun und Unterlassen	26
2. Die gesetzliche Gleichstellung von Tun und Unterlassen	27
III. Täterschaft und Teilnahme	27
1. Das Rechtsgüterkonzept	27
2. Die gesetzliche Identifikation von Täterschaft und Beihilfe	28
3. Herrschafts- und Pflichtdelikte	29
4. Organisationsherrschaft	30
IV. Versuch	31
1. Vorbereitung und Versuch	31
2. Rücktritt und tätige Reue	31
V. Vorsatz und Irrtum	31
1. Die Vorsatzformen	31
2. Begriff und Beweis	33
3. Gefährdungsvorsatz	34
4. Tatbestandsirrtum und Verbotsirrtum	35
5. Die Verteidigung gegen den Vorsatzvorwurf	38

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 3 Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen	
I. Einführung	42
1. Normative Anknüpfungspunkte strafrechtlicher Verantwortung	43
2. Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen als Zurechnungsproblem	45
II. Strafrechtliche Verantwortung durch horizontale Zurechnung	51
1. Grundsätzliches	51
2. Horizontale Zurechnung bei Gremienentscheidungen	54
3. Beihilfe durch berufsbedingtes Verhalten als Problem der horizontalen Zurechnung	65
4. Fahrlässige Mittäterschaft	74
III. Strafrechtliche Verantwortung durch vertikale Zurechnung	75
1. Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	75
2. Strafbewehrtes Unterlassen (§ 13 StGB)	79
IV. Fazit, Grundsatzfragen und Ausblick	87
§ 4 Compliance	
I. Einleitung	94
1. Begriff	94
2. Abgrenzungen	95
3. Funktionen	96
4. Historische Entwicklung	97
5. Nationale Compliance-Systeme	99
II. Corporate Compliance	106
1. Gesetzliche Pflicht zur Einrichtung einer Compliance-Organisation?	106
2. Criminal Compliance als Risikovermeidung	108
3. Spezielle Criminal Compliance	132
III. Compliance-Organisation	144
1. Strukturelle Elemente	145
2. Implementierung der Compliance-Funktion	149
3. Whistleblowing	158
4. Reaktion	164
IV. Compliance-Officer	164
1. Aufgaben und Qualifikationen	165
2. Strafrechtliche Verantwortlichkeit	168
V. Ausblick: Auf dem Weg zu einem deutschen Compliance-System?	173
§ 5 Rechtsfolgen gegen das Unternehmen	
I. Unternehmensdelinquenz und Strafrecht	175
II. Die Verbandsgeldbuße nach § 30 OWiG	179
1. Die Voraussetzungen von § 30 OWiG im Überblick	179
2. Die Voraussetzungen von § 30 OWiG im Einzelnen	180
3. Die Bemessung der Geldbuße nach § 30 OWiG	184
4. Das Verfahren zur Festsetzung der Geldbuße	186
5. Zur Frage der Verjährung	188
III. Die Unternehmensgeldbuße nach § 81 GWB	189
IV. Einziehung	190
1. Die gesetzliche Ausgangslage	191
2. Einziehung beim Unternehmen	191
3. Exkurs: Abführung des Mehrerlöses	192

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 6 Verjährung	
I. Einleitung	195
II. Rechtsnatur der Verjährung	196
1. Materielles Recht oder Prozessrecht?	196
2. Folgerungen aus der Rechtsnatur	197
III. Beginn und Ende der Verjährungsfrist	199
1. Verjährungsfristen	199
2. Beginn der Verjährung	200
3. Ende der Verjährungsfrist	207
4. Ruhen der Verjährung	208
5. Verjährungsunterbrechung	210
6. Rechtsfolgen bei Beseitigung der Rechtskraft	219
IV. Wirkungen der Verjährung	220
1. Rechtsfolgen bei eingetretener Verjährung	220
2. Exkurs: überlange Verfahrensdauer	220
3. Keine Verjährung der Nachtat bei Verjährung der Vortat?	221
4. Verjährung bei Einziehung	221
5. Bedeutung der Verjährung für das Auslieferungsrecht	222
V. Die Verjährung im Rechtsmittelverfahren	222
VI. Vollstreckungsverjährung	223
1. Verjährungsfrist, § 79 StGB	223
2. Ruhen, § 79a StGB	223
3. Verlängerung, § 79b StGB	224
VII. Bedeutung der Verjährung für die Praxis des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen	224
1. Allgemeines	224
2. Verjährung und strafprozessuale Maßnahmen im Ermittlungsverfahren	225
3. Bedeutung der Verjährung im Zwischenverfahren	226
4. Bedeutung der Verjährung in der Hauptverhandlung	226
§ 7 Verteidigungspraxis	
I. Praxis der Verteidigung	230
1. Persönlichkeit, Rechtskenntnisse und Leidenschaft	230
2. Stellung und Aufgaben des Strafverteidigers	233
3. Weitere Verteidigungsaufgaben	237
II. Mandat und Verteidigungsaktivität	238
1. Interessenklärung und Interessenkollision	238
2. Mandatsanbahnung	241
3. Wahlverteidigung	242
4. Pflichtverteidigung	243
5. Anwaltswechsel	245
6. Vergütung und Erstattung	247
7. Beendigung des Mandats	250
8. Zusammenarbeit zwischen Verteidigern	251
9. Öffentlichkeits- und Medienarbeit	253
10. Politische und gewerkschaftliche Arbeit	254
III. Büroorganisation	255
1. Allgemeines	255
2. Aufbau- und Ablauforganisation	255
3. Optimal wirtschaften	258
4. Mitarbeiterführung	259
5. Informations- und Wissensmanagement	260

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Schranken der Verteidigung	261
1. Einleitung	261
2. Strafrechtliche Grenzen der Strafverteidigung	267
3. Zivilrechtliche Haftung des Verteidigers	278
 Teil B. Besondere Bereiche der Beratung und Verteidigung	
§ 8 Strategie und Taktik	
I. Einleitung	283
II. Wogegen muss verteidigt werden, wer verteidigt?	284
III. Regional- und Personalcharakter von Strafverfolgung	285
IV. Ermittlungsverfahren, Tagesarbeit und Weichenstellung	288
V. Untrennbare Sachverhalte, die Wucht der ersten Beweisaufnahme	292
VI. Steuerstrafverfahren – Zwangsgemeinschaft von Gegensätzen	293
VII. Auf Verdachtsgrundlage: Durchsuchung, Arrest, Untersuchungshaft	296
VIII. Die Verständigung im Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren	299
IX. Unternehmensverteidigung	304
X. Unternehmenseigene Untersuchungen	308
 § 9 Verständigung im Strafverfahren	
I. Die Entwicklung der Verständigung im deutschen Strafprozess	313
1. Der 4. Strafsenat des BGH	313
2. Der Große Senat für Strafsachen	314
3. Die Verständigung wird Gesetz	314
4. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die Verständigung	315
II. Das Rechtsgespräch	316
1. Die Verfahrensbeteiligten	316
2. Das Rechtsgespräch im Ermittlungsverfahren	317
3. Das Rechtsgespräch im Zwischenverfahren	317
4. Das Rechtsgespräch nach Eröffnung des Hauptverfahrens außerhalb der Hauptverhandlung	317
5. Das Rechtsgespräch in der Hauptverhandlung	318
III. § 257c StPO: Die Verständigung in der Hauptverhandlung	319
1. Gegenstand der Verständigung	319
2. Das Geständnis	323
3. Das Verfahren bei einer Verständigung	324
4. Die Verbote bei der Verständigung	329
IV. Schluss	331
 § 10 Der Unternehmensanwalt	
I. Einführung	335
II. Der strafrechtliche Unternehmensanwalt	336
1. Begriffsbestimmung	336
2. Rechtlicher Rahmen	337
III. Der Unternehmensanwalt als strafrechtlicher Berater	338
1. Haftungsrisiken des Unternehmens	339
2. Unternehmensinteressen und -verpflichtungen	343
3. Beauftragung/Mandatierung	349
4. Aufgabenfelder: Strafrechtliche Beratung, Prävention, „Compliance“	349
IV. Die Rolle des Unternehmensanwalts im Strafverfahren	350
1. Mandatsverhältnisse	351

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Rolle und Aufgaben des Unternehmensanwalts bei Durchsuchungen	354
3. Der Unternehmensanwalt als Zeugenbeistand	364
4. Der Unternehmensanwalt als Nebenbeteiligtenvertreter	365
5. Der Unternehmensanwalt im Adhäsions- und Privatklageverfahren	368
6. „Sockelverteidigung“	369
7. „Verständigung“ mit den Ermittlungsbehörden	371
V. Der Unternehmensanwalt als „Opfervertreter“	375
VI. Staatlicher Zugriff auf Unterlagen des Unternehmensanwalts	377
1. Zeugnisverweigerungsrecht	377
2. Allgemeines zum Beschlagnahmeschutz und zum Stand der Diskussion ...	379
3. § 160a StPO	380
4. § 97 StPO	382
5. § 148 StPO	389
6. Konsequenzen für die Praxis	393
7. „Legal privilege“ im angloamerikanischen Raum und im Europäischen Wettbewerbsrecht	396
VII. Fragen der Akteneinsicht	397
1. Akteneinsicht für das Unternehmen	397
2. Abwehr von Akteneinsichtsgesuchen Dritter	399
VIII. Kommunikation mit Dritten	403
1. Kommunikation mit Medienvertretern	403
2. Kapitalmarktrechtliche Publizitätspflichten	404
IX. Kostenfragen	404
1. Honoraranspruch des Unternehmensanwalts	404
2. Übernahme von Anwaltskosten für Mitarbeiter durch das Unternehmen	404
3. Übernahme finanzieller Sanktionen, Auflagen und Kautionen	407
§ 11 Compliance-Untersuchungen („internal investigations“)	
I. Grundlagen	411
1. Phänomenologie	411
2. Begriff der Compliance-Untersuchung	412
3. Pflicht zur Durchführung von Compliance-Untersuchungen	413
4. Verhältnis von Compliance-Untersuchungen zu strafprozessualen Ermittlungen	419
5. Projektplanung und -organisation	421
II. Untersuchungsmaßnahmen	424
1. Allgemeines	424
2. Auswertung unternehmensinterner Daten und Nutzung frei zugänglicher externer Daten	430
3. Mitarbeiterbefragungen	430
4. EDV-Auswertung, E-Mail und Internet-Spuren	443
5. Öffnen von Post am Arbeitsplatz	449
6. Akustische Telefonüberwachung	450
7. Akustische Raumüberwachung	452
8. Kameraüberwachung	452
9. Zuverlässigkeitstests	454
III. Schutz der erhobenen Informationen	455
1. Vor behördlichen Auskunftsverlangen	455
2. Vor behördlicher Beschlagnahme	457
IV. Schutz der von Untersuchungsmaßnahmen betroffenen Personen	461
1. Anwaltlicher Beistand	461
2. Amnestieprogramme	462

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 12 Die Beratung des Unternehmens in der Krise	
I. Unternehmen und Strafrecht	467
1. Die (prozess-)rechtlichen Besonderheiten des Wirtschaftsstrafrechts	468
2. Die praktische Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	470
II. Arten der Krise	474
1. Das Unternehmen als Subjekt wie Objekt strafrechtlicher Angriffe	474
2. Das Unternehmen als Objekt des Ermittlungsinteresses	484
III. Der Zeitpunkt des ersten Handelns	487
1. Beratung zur Problembehandlung	488
2. Die Gretchenfrage: Initiatives Vorgehen?	489
3. Vorbereitung für den Fall einer Durchsuchung	491
IV. Strategieberatung	491
1. Analyse der Sach- und Rechtssituation	491
2. Strategische Vorfrage: Wer leitet das Verfahren?	492
3. Spezialisten und Gutachter	500
4. Verhalten des Unternehmensverteidigers gegenüber Individualverteidigern	502
5. Sachfragen	502
6. Rechtsfragen	506
V. Analyse – Stellung, Handlungsmöglichkeiten und Interesse des Unternehmens	507
1. Probleme der Abstraktion von Individualinteressen	507
2. Außeneinflüsse	508
3. Interne Effekte	509
4. Finanzielle Auswirkungen	510
5. Umsetzung der gefundenen Strategie nach innen	513
6. Umsetzung der Strategie nach außen	515
VI. Auftreten gegenüber Ermittlungsbehörden und Gerichten	519
1. Abstimmung mit dem Unternehmen	519
2. Abstimmung mit Individualverteidigern	520
3. Die Unternehmensstellungnahme	521
4. Die Ausübung der Verfahrensrechte durch den Unternehmensvertreter	522
5. Einschaltung in abgestimmte Verfahrensbeendigungen	522
6. Krisenmanagement in der Hauptverhandlung	524
§ 13 Vermögensabschöpfung und Opferentschädigung	
I. Einleitung	526
1. Praktische Relevanz der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung im Wirtschaftsstrafrecht	526
2. Das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung vom 1. Juli 2017	527
II. Rechtsnatur der strafrechtlichen Einziehung	529
III. Materiell-rechtliche Grundlagen der Vermögensabschöpfung	530
1. Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern gem. § 73 StGB	530
2. Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern, § 73a StGB	534
3. Einziehung von Taterträgen bei anderen, § 73b StGB	535
4. Einziehung des Wertes von Taterträgen, § 73c StGB	537
5. Die Einziehung von Tatprodukten, -mitteln und -objekten gem. § 74 StGB	539
6. Selbständige Einziehung, § 76a StGB	540
7. Verjährung	542
IV. Strafprozessuale Sicherung späterer Vermögensabschöpfung	542

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Beschlagnahme	543
2. Vermögensarrest	546
3. Verfahren bei Beschlagnahme und Vermögensarrest	547
4. Rechtsschutz gegen Beschlagnahme und Vermögensarrest	549
V. Vermögensabschöpfung in Hauptverhandlung und Urteil	551
1. Vermögensabschöpfung in der Hauptverhandlung	551
2. Abtrennung des Einziehungsverfahrens, §§ 422, 423 StPO	552
3. Vermögensabschöpfung im strafgerichtlichen Urteil	552
VI. Vermögensabschöpfung und Opferentschädigung	553
1. Entschädigungsmodell bei der Einziehung von Taterträgen	553
2. Entschädigungsmodell bei der Einziehung von Wertersatz	554
3. Konsequenzen für ein eigenständiges zivilrechtliches Vorgehen des Verletzten	555
VII. Vermögensabschöpfung gegen Unternehmen	556
VIII. Einziehung und Steuern	556
IX. Internationale Bezüge	557
 § 14 Nebenbeteiligung von juristischen Personen und Personenverbänden	
I. Einleitung	559
II. Verfahren bei Festsetzung von Geldbußen	560
1. Ermittlungsverfahren	561
2. Anordnung der Beteiligung / Hauptverfahren	566
3. Strafbefehl	571
4. Selbständiges Verfahren (§ 444 Abs. 3 StPO)	572
5. Rechtsbehelfe	572
6. Vollstreckung und Kosten	574
 § 15 Internationales Wirtschafts- und Steuerstrafrecht	
I. Einführung	576
II. Materielle und prozessuale Besonderheiten des internationalen Wirtschafts- und Steuerstrafrechts	577
1. Anwendbarkeit deutscher Straftatbestände	577
2. Anwendung von Straftatbeständen mit internationaler Dimension	580
3. Prozessuales	583
III. Spezielle Aspekte wirtschaftsstrafrechtlicher Ermittlungsverfahren in den USA	588
1. Anwendbarkeit von US-amerikanischem Recht	589
2. Kein Strafklageverbrauch	590
3. Grundsätzliches zu US-Bundesstrafsachen („federal investigations“)	590
4. Möglichkeiten der Verfahrensbeendigung durch Deals	593
5. Kein Deal ohne „proffering“	594
6. Zusammenfassung	599
 § 16 Grenzüberschreitende Strafverteidigung	
I. „Grenzüberschreitungen“ des Strafrechts im Überblick	603
1. Horizontale Perspektive	603
2. Vertikale Perspektive	604
3. Prototypische Fallkonstellation	611
II. Grenzüberschreitende Anwaltsdienstleistung	613
1. Ausländische (Mit-)Verteidiger in Verfahren in Deutschland	613
2. Deutsche (Mit-)Verteidiger in Verfahren im Ausland	616
3. Grenzüberschreitende Verteidigerkooperation als Antwort auf die grenzüberschreitende Kooperation der Strafverfolgungsbehörden	616
	XV

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Mandatsführung und Verteidigungskonzeption	618
1. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	618
2. Das „Prinzip der gegenseitigen Anerkennung“	631
3. Verteidigung im Auslieferungsverfahren	633
4. Verteidigung bei der Vollstreckung von Geldsanktionen	652
5. Verteidigung im sonstigen Rechtshilfeverfahren	653
6. „Grenzüberschreitungen“ im Hauptverfahren	668
7. Das Instrument der Richtlinie – Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV	680
IV. Materiellrechtliche Fragen	682
V. Beratungsschwerpunkte	683

Teil C. Die Verteidigung in spezifischen Deliktsfeldern

§ 17 Betrug

I. Überblick	686
II. Mandatsführung und Verteidigungskonzeption	687
1. Allgemeines	687
2. Mandatsführung	689
3. Verteidigung des „schuldigen“ Mandanten	689
4. „Nebenkriegsschauplätze“	693
5. Absprachen	694
III. Materiellrechtliche Fragen des Tatbestands	695
1. Geschütztes Rechtsgut und Deliktsstruktur	695
2. Täuschung	695
3. Irrtum	702
4. Vermögensverfügung	710
5. Vermögensschaden	713
6. Vorsatz	719
7. Bereicherungsabsicht	722
8. Versuch, Vollendung und Beendigung	726
9. Konkurrenzen	727
10. Strafzumessung	731

§ 18 Untreue

I. Einleitung (Historische Entwicklung)	738
1. Die Novelle vom 26.5.1933	738
2. Rechtsgüterschutz durch § 266 StGB im heutigen Wirtschaftsleben	739
II. Die Tatbestände	740
1. Missbrauchs- und Treubruchtatbestand	740
2. Vermögensbetreuungs- und Vermögensfürsorgepflichten	741
3. Die Pflichtverletzung	750
4. Der Schaden (Vermögensnachteil) bei § 266 StGB	766
5. Zurechnungsfragen	772
6. Der Vorsatz der Untreue	774
III. Täterschaft und Teilnahme	776
IV. Verteidigung bei § 266 StGB	776

§ 19 Insolvenzdelikte

I. Einleitung	780
1. Bedeutung für die Praxis	780

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Mitteilungen in Zivilsachen und Ermittlungsverfahren (MiZi)	784
3. Voraussetzungen für ein Tätigkeitsverbot als Geschäftsführer	787
II. Allgemeiner Teil	787
1. Überschuldung	787
2. Zahlungsunfähigkeit	790
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	793
4. Verhältnis zwischen den Merkmalen Überschuldung, drohende Zahlungsunfähigkeit und Zahlungsunfähigkeit	794
5. Taugliche Täter der Bankrottdelikte	795
III. Besonderer Teil	797
1. Insolvenzstraftaten des StGB	797
2. Insolvenzverschleppung	830
3. Sonstige Straftaten im Zusammenhang mit der Insolvenz	839
IV. Beratungsschwerpunkte	851
1. In der Krise	851
2. Nach Eintritt der Insolvenz	865
3. Im Insolvenzverfahren nach der InsO	866
4. Insolvenzgeheimnis und Strafverfahren	875
5. Sanktionen und Konsequenzen	878
6. Strafrechtliches Risiko des Beraters	882

§ 20 Korruption

I. Einführung	890
1. Korruptionsdelikte und Strafverteidigung	890
2. Begriff und Typologie der Korruption	894
3. Korruptionsbekämpfung in der Praxis polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen	895
4. Korruptionsdelikte in der Praxis der Strafverteidigung	896
5. Versuch einer Typologie der potenziellen Mandanten	896
II. Überblick über die Korruptionsdelikte und ihre wesentlichen Änderungen	898
1. Die Korruptionsdelikte	898
2. Gesetzliche Änderungen seit 1997	899
3. Entwicklung auf internationaler Ebene	900
4. Versagung des Betriebsausgabenabzugs	901
III. Das öffentliche Dienstrecht	901
1. Bedeutung des öffentlichen Dienstrechts	901
2. Überblick über die gesetzlichen Grundlagen des Dienstrechts	902
3. Disziplinarrechtliche Folgen	903
4. Richtlinien	904
5. Wettbewerbsregister	905
IV. Die Korruptionsdelikte gemäß §§ 331–336 StGB – das materielle Recht im Überblick –	905
1. Systematik der klassischen Korruptionsdelikte und geschütztes Rechtsgut	905
2. Amtsträgereigenschaft	906
3. Der Vorteil	914
4. Tathandlung	917
5. Abschluss einer Unrechtsvereinbarung	918
6. Qualifizierte Formen: Bestechung (§ 334 StGB) und Bestechlichkeit (§ 332 StGB)	924
7. Täterschaft	925
8. Vorsatz- und Irrtumsfragen	926

Inhaltsverzeichnis

	Seite
9. Genehmigung der Annahme des Vorteils nach § 331 Abs. 3 bzw. § 333 Abs. 3 StGB	927
10. Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung (§ 335 StGB)	928
11. Erfassung ausländischer Bediensteter (§ 335a StGB)	929
12. Verjährung	934
13. Konkurrenzen	934
V. Haftung des Verteidigers	935
VI. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)	936
1. Struktur des § 299 StGB	936
2. Geschützte Rechtsgüter	937
3. Einzelne Tatbestandsvoraussetzungen	938
4. Relatives Antragsdelikt (§ 301 StGB)	947
5. Besonders schwere Fälle (§ 300 StGB)	947
VII. Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen (§§ 299a, 299b StGB)	947
1. Überblick	947
2. Geschütztes Rechtsgut	948
3. Einzelne Tatbestandsmerkmale	948
4. Einzelne Tatbestandsmerkmale des § 299b StGB	950
5. Vollendung	950
6. Rechtsfolgen	950
7. Konkurrenzen	950
VIII. Korruptionsdelikte auf internationaler Ebene	950
1. Überblick	950
2. EUBestG	951
3. IntBestG	951
4. Foreign Corrupt Practises Act (FCPA)	954
5. UK Bribery Act 2010	955
IX. Begleitdelikte	955
1. Wettbewerbswidrige Absprachen gemäß § 298 StGB	955
2. Wettbewerbswidrige Absprachen als Submissionsbetrug im Sinne des § 263 StGB	958
3. Sonstige Betrugsdelikte	960
4. Untreue (§ 266 StGB)	961
5. Steuerstrafrechtliche Delikte	966
6. Verletzung des Geheimbereichs	973
7. Urkundenfälschung (§ 267 StGB)	974
8. Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat (§ 357 StGB)	974
9. Strafvereitelung im Amt (§§ 258, 258a StGB)	975
10. Erpressung (§ 253 StGB)	975
11. Geldwäsche (§ 261 StGB)	975
X. Schadensfeststellung und -schätzung in Zusammenhang mit Korruptionsdelikten	977
XI. Sonstige Folgen von Korruption	980
1. Bebußung des Unternehmens und des Aufsichtspflichtigen	980
2. Gewinnabschöpfung	981
3. Eintragungen in das Gewerbezentralregister und Gewerbeuntersagung	982
4. Eintragungen in das Wettbewerbsregister	983
5. Berufsverbot (§§ 61 Nr. 6, 70 StGB)	983
6. Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge und Wettbewerbsregister	984
7. Zivilrechtliche Folgen	985
XII. Besonderheiten bei Korruptionsverfahren	989
1. Zusammenarbeit der ermittelnden Behörden	989
2. Besonderheiten des Korruptionsermittlungsverfahrens	992

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 21 Geldwäsche	
I. Geldwäsche als Problem der anwaltlichen Beratung	1001
II. Geldwäsche als rechtspolitisches Phänomen	1001
1. Geschichte der Geldwäschegesetzgebung	1002
2. Konzept der Geldwäschegesetzgebung und dessen Umsetzung	1004
III. Konzept/Funktionsweise der Geldwäsche	1006
1. Placement stage	1006
2. Layering stage	1007
3. Integration stage	1007
IV. Repression: Geldwäsche als Straftat, § 261 StGB	1007
1. Ziele des Gesetzgebers und geschützte Rechtsgüter	1008
2. Täter der Geldwäsche	1009
3. Die Vortaten der Geldwäsche, § 261 Abs. 1 S. 2 StGB	1009
4. Der Begriff des „Gegenstandes“	1012
5. Steuerstraftaten	1012
6. Das „Herrühren“ aus der Vortat	1014
7. Tathandlungen	1022
8. Tatbestandsrestriktionen	1024
9. Subjektiver Tatbestand	1029
10. Fahrlässigkeit	1029
11. Selbstanzeige und Straflosigkeit des Vortäters, § 261 Abs. 9 StGB	1030
12. Konkurrenzen	1032
13. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 261 StGB	1033
V. Prävention: Geldwäschegesetz	1035
1. Das neue GwG	1035
2. Verpflichtete nach dem GwG	1036
3. Das vorgeschriebene Risikomanagement nach § 4 GwG	1037
4. Geldwäschebeauftragter, § 7 GwG	1041
5. Die allgemeinen Sorgfaltspflichten nach § 10 GwG	1043
6. Vereinfachte Sorgfaltspflichten nach § 14 GwG	1045
7. Verstärkte Sorgfaltspflichten nach § 15 GwG	1046
8. Identifizierungspflichten nach §§ 11 ff. GwG	1047
9. Transparenzregister, § 18 GwG	1049
10. Meldepflichten nach §§ 43 ff. GwG	1051
11. System der Geldwäscheaufsicht	1055
12. Bußgeldvorschriften, § 56 GwG	1056
VI. Fazit	1057
§ 22 Banken und Kreditwesen	
I. Begriffe, Bedeutung und Verteidigungsaufgaben	1062
1. Begriffe und Bedeutung	1062
2. Verteidigungsaufgaben	1066
II. Geld- und Zahlungsverkehr	1067
1. Einführung	1067
2. Schutz des Geldverkehrs vor falschen Zahlungsmitteln	1069
3. Kassengeschäfte	1074
4. Edelmetall- und Devisengeschäfte	1075
5. Bargeldverfügungen	1076
6. Überweisungen	1080
7. Lastschriften	1083
8. Wechsel- und Scheckbetrug	1085
9. Scheckkarten- und Kreditkartenmissbrauch	1088
III. Finanzierungsgeschäfte der Banken	1090

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einführung	1090
2. Kreditbetrug und Betrug	1091
3. Untreue durch Kreditvergabe, § 266 StGB	1101
4. Sonstiges strafbares Verhalten im Kreditgeschäft	1116
IV. Bankspezifische Strafnormen	1118
1. Einführung	1118
2. Unerlaubte Bankgeschäfte, § 54	1120
3. Herbeiführung einer Bestandsgefährdung, § 54a KWG nF	1125
4. Insolvenz von Finanzinstituten, § 55 KWG	1127
5. Unbefugte Offenbarung §§ 55a–55b KWG	1128
6. Ordnungswidrigkeiten, §§ 56, 59 KWG	1129
7. Depotunterschlagung und falsche Depotanzeigen	1131
8. Ungedekte Pfandbriefemissionen	1132
9. Strafrechtliche Bestimmungen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB)	1134
10. Strafrechtliche Bestimmungen im Zahlungsdienstleistungsgesetz (ZAG)	1135
 § 23 Kapitalmarktstrafrecht (WpHG und BörsG)	
I. Einführung	1140
1. Das Kapitalmarktstrafrecht	1140
2. Finanzmarkt- und Börsenaufsichtsorganisation sowie Verfahrensbesonderheiten	1149
II. Straftaten nach WpHG	1157
1. Insiderstraftaten (§ 119 Abs. 2, Abs. 3 WpHG)	1157
2. Marktmanipulation (§ 119 Abs. 1 WpHG)	1192
III. Straftat gegen das Börsengesetz: Verleiten zu Börsenspekulationsgeschäften (§ 49 BörsG)	1223
1. Allgemeines	1223
2. Straftatbestand	1224
 § 24 Wettbewerbsrecht	
I. Überblick	1231
1. Der internationale und europäische Einfluss auf das Wettbewerbsrecht ...	1232
2. Das Recht gegen unlauteren Wettbewerb	1235
3. Der Gewerbliche Rechtsschutz und das Urheberrecht	1236
4. Wettbewerbsrecht und Verfassungsrecht	1238
II. Straftaten in der Werbung	1238
1. Die irreführende Werbung, § 16 Abs. 1 UWG	1238
2. Die progressive Kundenwerbung, § 16 Abs. 2 UWG	1241
III. Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	1245
1. Das Geschäftsgeheimnis	1247
2. Der Geheimnisverrat, § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG	1248
3. Die Betriebsspionage, § 23 Abs. 1 Nr. 1 und die Verwendung des Geheimnisses nach eigener oder fremder Vortat, § 23 Abs. 1 Nr. 2 bzw. § 23 Abs. 2 GeschGehG	1252
4. Die Verwertung von Vorlagen, § 23 Abs. 3 GeschGehG (Vorlagenfreibeuterei)	1255
5. Das (ehemalige) Verleiten und Erbieten zum Verrat, § 23 Abs. 7 GeschGehG	1256
6. Sonstige Vorschriften	1258
IV. Verletzung von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (Produkt- und Markenpiraterie)	1260
1. Das Produktpirateriegesetz	1261

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Das Urheberrechtsgesetz	1264
3. Das Markengesetz	1273
4. Das Patentgesetz	1285
5. Das Gebrauchsmustergesetz	1288
6. Das Designgesetz (vormals Geschmacksmustergesetz)	1290
7. Das Halbleiterschutzgesetz	1292
8. Das Sortenschutzgesetz	1293
V. Besonderheiten im Verfahren	1295
1. Die Straftaten in der Werbung	1295
2. Die Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	1296
3. Die Verletzung von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten	1298
§ 25 Kartellrecht	
I. Überblick	1304
1. Das europäische Kartellrecht	1306
2. Das deutsche Kartellrecht	1313
3. Das Verhältnis des europäischen und deutschen Kartellrechts	1317
II. Die Bebußung im europäischen Kartellrecht	1319
1. Die Systematik der Bußgeldtatbestände	1319
2. Der Verstoß gegen das allgemeine Kartellverbot aus Art. 101 Abs. 1 AEUV	1321
3. Die verfahrensrechtlichen Besonderheiten	1328
4. Die Sanktion	1337
III. Das deutsche Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1341
1. Die Systematik der Bußgeldtatbestände	1342
2. Die Haftungstroika im Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1345
3. Der Verstoß gegen das allgemeine Kartellverbot	1353
4. Die verfahrensrechtlichen Besonderheiten	1360
5. Die Rechtsfolgen einer Zuwiderhandlung	1373
IV. Die Submissionsabsprache – eine Straftat im deutschen Kartellrecht	1380
1. Die Submission bei öffentlicher Auftragsvergabe	1381
2. Der Submissionsbetrug, § 263 StGB	1382
3. Die wettbewerbsbeschränkende Absprache bei Ausschreibungen, § 298 StGB	1385
4. Sonstige Straftaten im Zusammenhang mit einer Submissionsabsprache	1390
5. Das Zusammentreffen von Ordnungswidrigkeit und Straftat	1390
§ 26 Publizität und Rechnungswesen	
I. Verteidigungspraxis	1395
1. Aufgaben	1395
2. Mandat und Verteidigungshandeln	1397
II. Unrichtige Unternehmensabschlüsse	1397
1. Einführung	1397
2. Anwendungsbereich der Bilanzdelikte	1404
3. Tathandlungen des § 331 Nr. 1 bis 3a HGB	1409
4. Unrichtige Auskünfte gem. § 331 Nr. 4 HGB	1415
5. Tathandlungen nach § 334 HGB	1418
III. Unrichtiges Rechnungswesen	1419
1. Überblick	1419
2. Strafbarkeit unrichtiger handelsrechtlicher Aufzeichnungen	1420
IV. Unrichtige Publizität	1421
1. Überblick	1421
	XXI

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Unrichtige Information gem. § 400 AktG	1421
3. Unrichtige Informationen in öffentlichen Ankündigungen	1425
V. Unrichtige Registerangaben	1426
1. Überblick	1426
2. Unrichtige Gründungsangaben	1428
3. Unrichtige Angaben über Kapitalveränderungen	1429
4. Unrichtige Informationen bei Abwicklung der Gesellschaft	1430
5. Unrichtige Angaben über Leitungspersonen	1431
VI. Unrichtige Prüfungsberichte	1431
1. Überblick	1431
2. Strafbarkeit unrichtiger Berichterstattung, § 332 HGB	1434
3. Sonstige Strafnormen über das Verhalten bei Abschlussprüfungen	1437
VII. Checklisten	1438
§ 27 Außenwirtschaft	
I. Einleitung	1444
1. Internationale Handelsgeschäfte und staatliche Kontrolle	1444
2. Ermittlungs- und Verwaltungsbehörden	1450
3. Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens	1454
II. Außenhandelskontrollen	1454
1. Exportkontrollen	1454
2. Genehmigungspflichten	1456
3. Genehmigungsarten	1458
4. Genehmigungsverfahren	1459
III. Außenwirtschaftsstrafrecht	1461
1. Einleitung	1461
2. Grundlagen und Grundbegriffe	1464
3. Verstöße gegen Waffenembargos, § 17 AWG	1469
4. Weitere Straftaten, § 18 AWG	1476
5. Ordnungswidrigkeiten gem. § 19 AWG	1482
6. Besonderheiten des allgemeinen Teils	1487
IV. Kriegswaffenstrafrecht	1490
1. Einleitung	1490
2. Atomwaffen	1496
3. Biologische und chemische Waffen, §§ 18, 20 KrWaffKontrG	1500
4. Antipersonenminen, §§ 18a, 20a KrWaffKontrG	1502
5. Sonstige Kriegswaffen (Genehmigungsverstöße nach §§ 2–4a, 12, 26a, 22a KrWaffKontrG)	1503
6. Ordnungswidrigkeiten (§ 22b KrWaffKontrG)	1508
7. Verstöße gegen das Chemiewaffenübereinkommen	1509
8. Konkurrenzen	1512
V. Compliance im Außenwirtschaftsstrafrecht	1512
VI. Weiterführende Informationen	1515
1. Merkblätter/BAFA-Veröffentlichungen	1515
2. Umschlüsselungsverzeichnis	1516
3. HADDEX	1516
4. Internetadressen	1516
§ 28 Arbeitsstrafrecht	
I. Einführung	1519
II. Materielles Recht	1520
1. Überblick	1520

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Ausgewählte Tatbestände der illegalen Beschäftigung	1522
3. Straf- und Bußgeldvorschriften nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und SGB III	1526
4. Lohnwucher (§ 291 StGB)	1531
5. Arbeitnehmerüberlassung	1532
6. Illegale Arbeitsvermittlung und Anwerbung	1547
7. Verstöße nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG)	1548
8. Verstöße nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	1552
9. Vorenthalten von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung (§ 266a StGB)	1559
10. Mindestlohn	1567
11. Arbeitsschutz	1568
III. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1575
1. Zuständige Behörden im Bereich der illegalen Beschäftigung	1575
2. Zuständige Behörden im Bereich des Arbeitsschutzes	1575
3. Anforderungen an tatrichterliche Feststellungen	1576

§ 29 Umweltstrafrecht

I. Einleitung	1579
II. Grundlagen	1580
1. Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechts	1580
2. Rechtfertigender Notstand	1585
3. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Amtsträgern	1585
4. Strafrechtliche Verantwortung im Unternehmen	1587
5. Begriffsbestimmungen des § 330d StGB	1590
6. Rechtsfolgen	1592
III. Die einzelnen Straftatbestände	1593
1. Gewässerverunreinigung (§ 324 StGB)	1593
2. Bodenverunreinigung, § 324a StGB	1596
3. Luftverunreinigung, § 325 StGB	1598
4. Verursachen von Lärm, Erschütterungen, nichtionisierenden Strahlungen, § 325a StGB	1600
5. Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen, § 326 StGB	1602
6. Unerlaubtes Betreiben von Anlagen, § 327 StGB	1605
7. Unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern, § 328 StGB	1606
8. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete, § 329 StGB	1606
IV. Nebenstrafrecht	1607
1. Verhältnis zum Kernstrafrecht	1607
2. Übersicht	1607
V. Europäisches und internationales Umweltstrafrecht	1609
1. Einfluss des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das nationale Umweltstrafrecht	1609
2. Internationales Umweltstrafrecht	1609

§ 30 IT- und Internetkriminalität

I. Einleitung	1611
II. Die Bedeutung von Daten	1612
III. Erscheinungsformen von Straftaten	1614
1. Angriffe gegen Daten	1614
2. Computer als Tatwerkzeug	1620

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Strafverfolgung	1622
1. Schutzgut	1622
2. Verfolgungsdichte	1622
V. Reformbestrebungen	1630
VI. Probleme der Verteidigung	1630
 § 31 Medizin- und Pharmastrafrecht	
I. Wirtschaftsstrafrecht der Medizin	1634
1. Vermögensdelikte	1634
2. Korruption	1648
II. Prozessuale Besonderheiten	1664
1. Durchsuchung/Beschlagnahme, Schweigepflicht	1664
2. Berufsverbot	1666
3. Folge- und Nebenverfahren	1668
4. Vermögensabschöpfung	1676
III. Pharmastrafrecht	1677
1. Grundsätze des Arzneimittelrechts	1677
2. Arzneimittelstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	1680
 Teil D. Steuern, Abgaben und Subventionen	
 § 32 Steuerstrafrecht und Steuerordnungswidrigkeiten	
I. Einleitung	1690
1. Allgemeines	1690
2. Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	1692
3. Überblick über die Tatbestände	1693
4. Geltung der allgemeinen Strafgesetze (§ 369 Abs. 2 AO)	1693
II. Steuerlich relevante Straftatbestände oder Steuerordnungswidrigkeiten	1693
1. Straftatbestände der AO (§ 369 AO – Steuerstraftaten/Zollstraftaten)	1694
2. Straftatbestände außerhalb der Abgabenordnung	1698
III. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1702
1. Allgemeines	1703
2. Geschütztes Rechtsgut	1705
3. Täterkreis	1705
4. Tatbestandsmäßiges Verhalten	1707
IV. Selbstanzeige (§ 371 AO)	1757
1. Allgemeines	1759
2. Anwendungsbereich des § 371 AO	1763
3. Die Berichtigungserklärung	1764
4. Die Sperrwirkung des § 371 Abs. 2 AO	1774
5. Umsatzsteuervor- und Lohnsteueranmeldungen (§ 371 Abs. 2a AO)	1791
6. Fristgerechte Nachentrichtung verkürzter Steuern und Zinsen (§ 371 Abs. 3 AO)	1793
7. Wirkung der Selbstanzeige	1798
8. Drittanzeige (§ 371 Abs. 4 AO)	1800
9. Konkurrenzfragen	1801
10. Kosten der Selbstanzeige	1804
V. Bannbruch (§ 372 AO)	1804
1. Allgemeines	1804
2. Gesetzssystematik	1805
3. Objektiver Tatbestand	1805

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Subjektiver Tatbestand	1808
5. Versuch, Vollendung und Beendigung der Tat	1808
6. Selbstanzeige	1809
7. Subsidiaritätsklausel des § 372 Abs. 2 AO	1809
8. Konkurrenzen	1810
9. Strafen und Nebenfolgen	1810
VI. Gewerblicher, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel (§ 373 AO)	1810
1. Allgemeines	1811
2. Einzelne Qualifikationsmerkmale	1812
3. Strafbarkeit des Versuchs	1816
4. Strafen und Nebenfolgen	1816
5. Konkurrenzen	1817
6. Selbstanzeige	1817
VII. Steuerhhehlerei (§ 374 AO)	1817
1. Allgemeines	1818
2. Vortaten der Steuerhhehlerei	1818
3. Tathandlungen der Steuerhhehlerei	1821
4. Subjektiver Tatbestand	1822
5. Versuch der Steuerhhehlerei	1823
6. Strafen und Nebenfolgen	1824
7. Konkurrenzen	1825
8. Selbstanzeige	1825
VIII. Nebenfolgen (§ 375 AO)	1825
1. Allgemeines	1825
2. Aberkennung der Amtsfähigkeit und Wählbarkeit gem. § 375 Abs. 1 AO	1826
3. Einziehung gem. § 375 Abs. 2 AO	1827
4. „Verfall“ und Einziehung von Taterträgen	1829
IX. Unterbrechung der Verfolgungsverjährung (§ 376 AO)	1831
1. Allgemeines	1831
2. Anwendungsbereich von § 376 AO	1831
3. Allgemeine Strafverfolgungsverjährung	1831
4. Verjährungsbeginn bei der Steuerhinterziehung	1833
5. Unterbrechung der Verjährung	1836
6. Ruhen der Verfolgungsverjährung (§ 78b StGB)	1839
X. Steuerordnungswidrigkeiten (§ 377 AO)	1841
1. Der Begriff der Steuer-/Zollordnungswidrigkeit	1841
2. Geltung des OWiG	1841
XI. Leichtfertige Steuerverkürzung (§ 378 AO)	1851
1. Allgemeines	1851
2. Täterkreis	1851
3. Tathandlung	1854
4. Kausalität und Rechtswidrigkeitszusammenhang	1856
5. Leichtfertigkeit	1856
6. Leichtfertigkeit des steuerlichen Beraters	1858
7. Selbstanzeige nach § 378 Abs. 3 AO	1860
8. Verhältnis des § 378 AO zu anderen Straf- und Bußgeldtatbeständen	1862
9. Verjährung	1863
XII. Steuergefährdung (§ 379 AO)	1863
1. Allgemeines	1863
2. Tathandlungen iRv § 379 Abs. 1 AO	1864
3. Tathandlungen iRv § 379 Abs. 2 AO	1869
4. Das Zuwiderhandeln gegen eine Auflage nach § 120 Abs. 2 Nr. 4 AO (§ 379 Abs. 3 AO)	1874

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Geldbuße (§ 379 Abs. 4–7 AO)	1874
6. Keine Straffreiheit durch Selbstanzeige	1875
7. Konkurrenzfragen	1875
8. Verjährung	1875
XIII. Gefährdung der Abzugsteuern (§ 380 AO)	1875
1. Allgemeines	1875
2. Anwendungsbereich	1875
3. Täterkreis	1876
4. Objektiver Tatbestand	1876
5. Subjektiver Tatbestand	1877
6. Keine Versuchsstrafbarkeit	1878
7. Geldbuße	1878
8. Selbstanzeige	1879
9. Konkurrenzen	1879
10. Verjährung	1879
11. Verfolgung	1879
XIV. Verbrauchsteuergefährdung (§ 381 AO)	1880
1. Allgemeines	1880
2. Anwendungsbereich	1880
3. Täterkreis	1881
4. Objektiver Tatbestand	1881
5. Subjektiver Tatbestand	1882
6. Geldbuße	1882
7. Selbstanzeige	1882
8. Konkurrenzen	1883
9. Verjährung	1883
XV. Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben (§ 382 AO)	1883
1. Allgemeines	1883
2. Anwendungsbereich des § 382 AO	1883
3. Täterkreis	1884
4. Objektiver Tatbestand	1885
5. Subjektiver Tatbestand	1886
6. Geldbuße	1886
7. Selbstanzeige und Ahndung	1886
8. Konkurrenzen	1887
9. Verjährung	1887
XVI. Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungsansprüchen (§ 383 AO)	1887
1. Allgemeines	1887
2. Anwendungsbereich des § 383 AO	1888
3. Geldbuße (§ 383 Abs. 2 AO)	1889
4. Selbstanzeige	1889
5. Verjährung	1889
XVII. Zweckwidrige Verwendung des Identifikationsmerkmals nach § 139a AO (§ 383a AO)	1890
1. Allgemeines	1890
2. Tatbestand und Geldbuße	1890
XVIII. Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten (§ 383b AO)	1891
1. Allgemeines	1891
2. Objektiver Tatbestand	1891
3. Subjektiver Tatbestand	1893
4. Geldbuße	1893
5. Selbstanzeige	1893

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Verjährung	1893
XIX. Verfolgungsverjährung bei Steuerordnungswidrigkeiten (§ 384 AO)	1893
1. Allgemeines	1893
2. Anwendungsbereich des § 384 AO	1894
XX. Verstöße nach Art. 83 Abs. 4–6 der Verordnung (EU) 2016/679 (§ 384a AO)	1895
1. Allgemeines	1895
2. Vorrang der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)	1896
3. Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen nach Art. 83 Abs. 4–6 DS-GVO	1896
4. Verweisung auf § 41 BDSG	1897
5. Verwertbarkeit in Straf- oder Bußgeldverfahren	1897
6. Ausnahmeregelung für Finanzbehörden und andere öffentliche Stellen	1899
7. Inkrafttreten	1900
§ 33 Das Verfahren in Steuerstrafsachen	
I. Einleitung	1903
1. Allgemeines	1903
2. Zur Bedeutung des Steuerstrafverfahrensrechts im Rahmen anwaltlicher Tätigkeit	1905
3. Die fiskalischen Interessen im Steuerstrafverfahren	1908
4. Steuerdelinquenz und Verfolgungsintensität	1909
II. Die Rechtsquellen des Steuerstrafverfahrensrechts im Überblick	1910
1. §§ 386–404 AO	1910
2. Die allgemeinen Vorschriften über das Strafverfahren	1911
3. Höherrangiges Recht	1911
4. Weitere Gesetze im formellen Sinn	1911
5. Rechtsnormen ohne formelle Gesetzesqualität	1911
III. Die Verfahrensgrundsätze im Überblick	1912
1. Rechtsstaatliche Grundprinzipien	1912
2. Prozessmaximen	1912
3. Prozessvoraussetzungen	1913
4. Steuerstrafverfahrensrechtliche Besonderheiten gegenüber dem allgemeinen Strafverfahrensrecht, insbes. § 393 AO	1914
IV. Die Ermittlungsbehörden und ihre Kompetenzen	1933
1. Die Ermittlungsbehörden im Überblick	1933
2. Die Ermittlungsorgane	1938
3. Die Fahndungsdienste: Organisation und Aufgaben	1939
4. Die Kompetenzen der Ermittlungsbehörde und der Fahndungsdienste	1949
V. Die Durchführung des Ermittlungsverfahrens	1951
1. Die Informationsgewinnung der Ermittlungsbehörden	1951
2. Die Einleitung des Ermittlungsverfahrens	1955
3. Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen	1957
4. Durchsuchungen und Beschlagnahmen	1959
5. Akteneinsicht	1970
6. Telefonüberwachung, § 100a StPO	1972
VI. Sonderprobleme	1972
1. Allgemeine Fragen	1972
2. Besondere Verteidigungssituationen	1992
VII. Das Steuerstrafverfahren nach der strafbefreienden Selbstanzeige	2004
1. Allgemeines	2004
2. Besonderheiten	2005

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 34 Zollstrafrecht	
I. Das zollstrafrechtliche Mandat	2007
1. Bedeutung des Zollstrafrechts	2007
2. Begriff des Zollstraf- und -ordnungswidrigkeitenrechts	2008
3. Gemeinsamkeiten mit anderen Mandaten	2010
4. Besonderheiten des Zollstrafrechts	2010
II. Das Zollrecht im Überblick	2012
1. Rechtsquellen des Zollrechts	2012
2. Ablauf der zollamtlichen Überwachung	2015
3. Zollschuld	2018
4. Verbote und Beschränkungen	2026
III. Sanktionen	2027
1. Zollstrafrecht	2028
2. Steuerordnungswidrigkeiten	2042
IV. Die Verteidigung in Zollstrafsachen	2048
1. Das Ermittlungsverfahren	2048
2. Das Zwischenverfahren	2055
3. Das Hauptverfahren	2056
4. Besonderheiten im Ordnungswidrigkeitenrecht	2058
V. Rechtsschutz im Besteuerungsverfahren	2058
1. Das Einspruchsverfahren	2058
2. Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	2059
3. Das finanzgerichtliche Verfahren	2059
§ 35 Subventionsbetrug	
I. Allgemeines (Historische Entwicklung)	2063
1. Anlass für die Einführung der Vorschrift	2063
2. Änderungen durch das 6. StrRG und das EG-FinSchG	2064
3. Änderungen durch das EUFinSchStG	2065
II. Statistiken	2065
1. Umfang der Subventionsgewährung in Bund, Ländern und Gemeinden	2065
2. Subventionierung durch die Europäische Union	2067
III. Politische Dimensionen des Tatbestandes	2069
1. Nationale Politik (Motivationen von Subventionsgewährungen)	2069
2. Europäische Subventionspolitik	2071
IV. Rechtsquellen	2072
1. Strafgesetzbuch	2072
2. Gesetz gegen die missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz)	2072
3. Europäisches Unionsrecht	2073
4. Internationales Strafrecht	2075
V. Der objektive Tatbestand des § 264 StGB	2075
1. Schutzgut und dogmatische Einordnung	2075
2. Täterkreis	2076
3. Der Subventionsbegriff	2080
4. Subventionserhebliche Tatsachen	2086
5. Pflichtverstöße bei der Beantragung von Subventionen	2089
6. Pflichtverstöße bei der Verwendung von Subventionen	2094
7. Pflichtverstöße im Nachgang zu gewährten Subventionen	2099
VI. Der subjektive Tatbestand	2102
1. Vorsatz und Fahrlässigkeit	2102

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Irrtum	2102
3. Leichtfertigkeit: §§ 264 Abs. 5, 264 Abs. 1 Nr. 1–3 StGB	2103
VII. Versuch (§ 264 Abs. 4 StGB)	2105
VIII. Tätige Reue (§ 264 Abs. 6 StGB)	2106
1. Freiwillige Verhinderung der Subventionsgewährung (§ 264 Abs. 6 S. 1 StGB)	2106
2. Freiwilliges und ernsthaftes Bemühen um die Nichtgewährung der Subvention (§ 264 Abs. 6 S. 2 StGB)	2107
IX. Strafe und Strafmaß	2108
X. Nebenfolgen	2109
1. Verlust der Amtsfähigkeit	2109
2. Einziehung	2109
3. Rückzahlung der Subvention und Herausgabe des Erlangten	2110
4. Inhabilität	2110
XI. Konkurrenzen	2110
XII. Besonderheiten der Verteidigung	2111
1. Allgemeines	2111
2. Auskunftspflicht nach § 3 SubvG und das <i>nemo tenetur</i> -Prinzip	2111
3. Anzeigepflicht von Gerichten und Behörden (§ 6 SubvG)	2112
4. Auswirkung in der strafrechtlichen Beratung und Verteidigung	2113

§ 36 Gemeinsamer Markt

I. Einführung und Grundlegung	2116
1. Die Dimension der finanziellen Interessen der Europäischen Union	2116
2. Die Rechtsgrundlagen für Kontrollen und Sanktionen der EU	2118
3. Das Agrarrecht und das Recht der anderen EU-Ausgaben	2119
II. Handelnde Behörden und drohende Sanktionen	2124
1. Organisationen mit Überprüfungs- und Ermittlungsaufgaben	2124
2. Sanktionen und Kontrollen nach dem Recht der Europäischen Union	2125
3. Bußgeld aufgrund nationalen Marktordnungsrechts	2131
III. Hauptanwendungsbereich: Unregelmäßigkeiten im EG-Marktordnungsrecht	2132
1. Rechtsgrundlagen	2132
2. Hauptanwendungsfall Ausfuhrerstattung	2132
3. Ausfuhrabgaben	2138
4. Verjährung der Verfolgung von Unregelmäßigkeiten	2139
IV. Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung anderer Haushaltsmittel der Europäischen Gemeinschaften	2140
1. Direkte Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften	2140
2. Die Befugnis zu internen Untersuchungen durch OLAF	2141
3. Rechtsschutz gegen Maßnahmen des OLAF bei internen Untersuchungen	2142
V. Inhalt und Grenzen der Kontroll- und Überprüfungsrechte bei Wirtschaftsteilnehmern	2142
1. Rechtsgrundlagen für direkte Kontrollen durch EG-Behörden	2142
2. Befugnisse der EU-Kontrolleure	2144
3. Abwehrrechte der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer	2148
VI. Rechtsschutz gegen Kontroll- und Überprüfungsmaßnahmen	2149
1. Prüfung der Betroffenheit des Wirtschaftsteilnehmers	2149
2. Verfahrensmaßnahmen zur Sicherstellung eines effektiven Rechtsschutzes	2152
VII. Anhang: Anregungen zum Vorgehen in diesem weniger bekannten Rechtsbereich	2156

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Zeitpunkt der Beiziehung des Anwalts und erste Schritte zur Aufklärung der Sach- und Rechtslage	2156
2. Bestandsaufnahme und klärendes Mandantengespräch zur Vorbereitung weiterer Maßnahmen	2158
3. Erarbeitung der relevanten Rechtsfragen und Lagebesprechung	2160
Sachverzeichnis	2163